

Zweifel an der richtigen Wahl

Cottbus stellt Kauf von Wahlcomputern wegen „Sicherheitslücken“ zurück / Städte- und Gemeindebund für Geräte-Einsatz

Wahlcomputer erleichtern Wahlverantwortlichen die Arbeit, bergen aber das Risiko, manipuliert zu werden. Sachsen lässt die Geräte nicht zu. In Brandenburg werden sie in sieben Kommunen eingesetzt. Dabei war Cottbus Vorreiter. Nach einem gescheiterten Manipulationsversuch in den Niederlanden, Kritik und Einsprüchen gegen elektronische Wahlen aber hat das Vertrauen in die Technik gelitten.

zuvor in Deutschland erst ein Mal. Eingelegt hatte ihn Ulrich Wiesner, 38-jähriger Informatiker aus Frankfurt/Main. Für Wiesner ist die Bundestagswahl 2005 ungültig, da in 2000 Wahlbezirken – inklusive der 70 Cottbuser – elektronisch gewählt wurde. Dieses Jahr befasste sich das Bundesverfassungsgericht mit dem Einspruch. Wiesners Gründe ähneln denen von Langen: Niemand könne in die Computer sehen. Das Wahlergebnis sei nicht nachprüfbar. Die Geräte stünden Jahre lang in irgendwelchen Lagerräumen, in die man sich Zutritt verschaffen könnte, um die Soft-

ware auszutauschen. Anders als der Einspruch Wiesners wird der von Langen die Gerichte nicht beschäftigen. Der Cottbuser kann damit leben, dass ihn die Stadtverordneten abgelehnt haben – mit Verweis auf das Wahlgesetz, das den Einsatz der Geräte zulässt. Wichtiger sei, dass die Cottbuser nachdenklich geworden sind und den Kauf von 74 Wahlgeräten rückgängig machen.

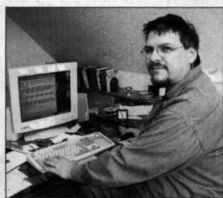
Am 31. Januar wollen die Stadtverordneten das beschließen. In der Begründung zur Beschlussvorlage verweist die Stadtverwaltung auf „festgestellte Sicherheitslücken“, die nicht bekannt waren, als Ende September 2006 der Geräte-

kauf beschlossen wurde. Zudem habe der Chaos Computer Club (CCC) „auf Manipulationsmöglichkeiten“ an den Geräten des niederländischen Herstellers nedap hingewiesen. Mittlerweile habe der Hersteller die Wahlgeräte in Cottbus schon wieder abgeholt.

Constanze Kurz vom CCC begrüßt die Cottbuser Entscheidung. Der CCC hatte am 22. Oktober ein Wahlbeobachter-Team nach Cottbus geschickt – und Erschreckendes registriert. „Mitunter standen die Geräte morgens unbeaufsichtigt in den Wahllokalen, weil die Wahlvorstände noch nicht da waren.“ Sie waren zwar versiegelt. Doch eine Fälschung wäre den unbedarften Wahlvorständen nicht aufgefallen, so Kurz. Das Stimm-Modul war nur mit einem Briefschloss gesichert und hätte beliebig gegen ein manipuliertes ausgetauscht werden können.

Da nütze es auch nichts, dass die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB), verantwortlich für die Zulassung aller 74 Maschinen auf Wunsch der Cottbuser Kreiswahlleiter vor der Wahl geprüft habe. Zudem, so die Frau vom CCC, habe die PTB das nur ausnahmsweise getan. Weil Cottbus die erste Kommune war, die nach der Manipulation in den Niederlanden wieder elektronisch gewählt hat.

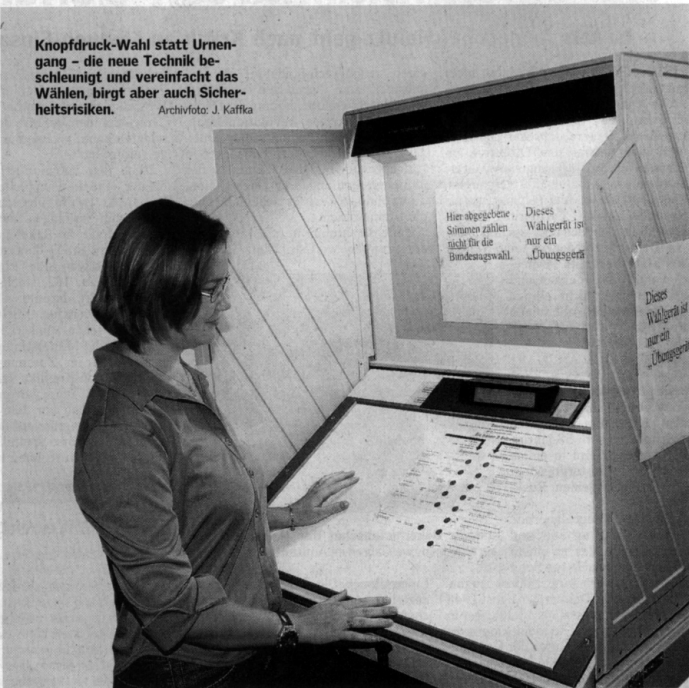
Mögliche Täter sieht Constanze Kurz im Kreis von Politikern, die in Verwaltungen tätig sind und leicht an die geparkten Geräte herankämen. Das technische Know How könne man sich aneignen oder einkaufen. Die CCC-Sprecherin sieht nur ein Mittel, dem vorzubeugen: die Rückkehr zur herkömmlichen Urnenwahl.



Thomas Langen hatte gegen die Gültigkeit der OB-Wahl in Cottbus Einspruch eingelegt. Foto: Preikschat

Größerer Kreis potentieller Täter Das scheint in Cottbus kaum jemand zu wollen. Die herrschende Meinung der Stadtverordneten formuliert Wolfgang Bialas (CDU): „Wir wollen weiter mit Wahlgeräten arbeiten. Sie müssen nur sicherer werden.“ Die bei sieben elektronischen Wahlen in Cottbus gewonnenen Vorzüge – schnelle Auszählung, Entlastung der Wahlhelfer – will auch André Kaun (Linke/PDS) nicht missen. Zur Kommunalwahl 2008, glaubt er, stünden verbesserte Geräte zur Verfügung.

Daran werde gearbeitet, so Professor Dieter Richter von der PTB in Berlin. Er rechnet mit ergänzenden Sicherungsmaßnahmen, die das Bundesinnenministerium für Wahlgeräte fordern wird. Dabei



denkt er an eine bessere Versiegelung, erweiterte Prüfungen vor einer Wahl und eine lückenlose Nachweispflicht über den Aufenthalt der Geräte zwischen den Wahlen. Der PTB-Direktor räumt Verbesserungsbedarf ein. Daran hätte der Manipulationsversuch in den Niederlanden seinen Anteil. Danach habe jeder im Internet Hilfe bekommen, wie das geht. Der Kreis potentieller Täter habe sich so extrem ausgeweitet. Wird sich die Technik dennoch durchsetzen? „Das hängt vom Vertrauen ab, das die Bevölkerung in sie hat.“

Karl-Ludwig Böttcher vom Städte- und Gemeindebund in Brandenburg ist überzeugt: „Wahlcomputer setzen sich durch.“ In sieben Kommunen sind sie schon im Einsatz. Außer in Cottbus noch in Hennigsdorf (Oberhavel), Fredersdorf-Vogelsdorf, Neuenhagen und Hoppegarten (Märkisch-Oderland), Teltow und Trebbin (Teltow-

Fläming). „Viele andere Kommunen sind Wahlcomputern abgeschlossen.“ Dank der Geräte, so Böttcher, würden bei der Wahl weniger Helfer gebraucht, die Ergebnisse schneller vorliegen und das Prozedere für den Bürger vereinfacht. Die Sicherheitsbedenken des CCC hält Böttcher für „Meinungsmache“. Mängel bei der neuen Technik würden abgebaut. Und die Urnenwahl sei mindestens genauso anfällig für Manipulationen.

Geräte in Sachsen kein Thema Ähnlich sieht das Wolfram Ebeling, Geschäftsführer der kommunalen Arbeitsgemeinschaft für Technik unterstützte Informationserarbeitung (TUIV) Brandenburg in Frankfurt (Oder). Die Cottbuser hätten als Vorreiter beim Einsatz der neuen Technik mit Bewiesenen. „Es wäre schade, wenn sie den Schritt zurück machen würden.“ Kein Thema sind Wahlcomputer

in Sachsen. Weder bei Landtags- noch bei Kommunalwahlen dürfen sie eingesetzt werden, verweist Lothar Hofner vom Innenministerium auf die Wahlgesetzgebung im Freistaat. Wahlgeräte spielen in Sachsen keine Rolle und würden auch nicht diskutiert.

In Hoyerswerda, so Stadtsprecherin Katja Reimelt, seien Angebote eingegangen. „In unserer Haushaltsituation können wir Wahlcomputer aber nicht finanzieren.“ Die Stadt habe auch nicht den Ehrgeiz, in Sachsen die Vorreiter-Rolle zu übernehmen. Das sollten Dresden oder Leipzig tun.

Dort sieht der sächsische Städte- und Gemeindegand Bedarf für Wahlcomputer. „Sie sparen Zeit und machen die Auszählung sicherer“, so eine Sprecherin. Erstmals 2005 habe der Städte- und Gemeindegand im Innenministerium angeregt, das Wahlgesetz zu ändern. „Bei dem Thema bleiben wir dran.“

VON DANIEL PREIKSCHAT

Thomas Langen wohnt in einem kleinen Einfamilienhaus in Cottbus-Schmellwitz. Die Photovoltaik-Anlage im Dachstuhl ist für den Software-Entwickler Beweis dafür, dass er „moderner Technik gegenüber natürlich aufgeschlossen“ ist. Den Einsatz von Wahlcomputern in Cottbus verurteilt er trotzdem. Der Wahlvorgang sei nicht transparent. Die Öffentlichkeit müsse einem nicht überprüfbar System vertrauen und den Menschen, die mit ihm umgehen. „Wahlmaschinen zersetzen die Demokratie. Sie gehören abgeschafft.“

Vollends gefestigt in dieser Überzeugung hat den 42-jährigen Rheinländer ein Manipulationsversuch in den Niederlanden. Hackern war es gelungen, auf einem Wahlcomputer ein Schach-Programm aufzuspielen. Im Internet zeigten die Computer-Experten, wie sie das angestellt hatten. Dieser Hack ereignete sich nur wenige Wochen vor der Oberbürgermeister-Wahl. Langen entschloss sich, diese Wahl in einem Cottbuser Wahllokal genau zu beobachten. Als er dabei Sicherheitsmaßnahmen fahrlässig vernachlässigt sah, legte er am 30. Oktober Einspruch ein gegen die Gültigkeit der Wahl Frank Szymanski (SPD) zum OB. „Eine Verfälschung der Wahlergebnisse“, schrieb Langen, „ist fahrlässig in Kauf genommen worden.“

Einen Einspruch gegen den Einsatz von Wahlmaschinen gab es

HINTERGRUND

Chaos Computer Club

■ Gegründet wurde der Chaos Computer Club (CCC) 1981 in Berlin in den Redaktionsräumen der Tageszeitung (taz). Der Verein hat 2000 Mitglieder, er fordert Informationsfreiheit und das Menschenrecht auf Kommunikation. Hacker sollen eine Plattform haben, ohne Strafverfolgung befürchten zu müssen. Der CCC ist in regionalen Gruppen organisiert. Kleinere Gruppen heißen Chaostreffs, aktivere und größere Erfahrungsaustausch-Kreise.

■ In Deutschland wurden bisher etwa 2000 Wahlgeräte eingesetzt – in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Hessen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt.